

Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des christlichen Holzarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Geschäftsstelle jeder Freitag.

Zu beziehen durch alle Postanstalten zum Preise von M. 1,50
pro Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Nachricht und Expedition:
Mönk a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefonat 7605.
Redaktionsschluss Dienstag Mittag.

Inserate
Kosten die dreigesetzte Zeitung 30 Pf. Stellenvermittlung
und Anzeigen der Zahlstellen die Hälfte.

Jg. 4.

Köln, den 26. Januar 1906.

VII. Jahrgang.

Die Heimarbeit.

Nachdruck verboten.

Um 17. Januar ist in Berlin die deutsche Heimarbeitsausstellung eröffnet worden. Es ist eine eigene Ausstellung, diese deutsche Heimarbeitsausstellung und redet eine ernste, tiefernde Sprache. All die tausend Lachen und Sächelchen predigen das Elend und den Liebestod der Lage ihrer Verfertiger. Sie sind die Herolde des lediglich gelobten Fleisches und oft der mühsamsten Arbeit. Das Wort „Heimarbeit“ hat an und für sich keinen Abhang. Gar mancher, dessen Gesichtskreis von den vier Linden eingeengt wird, in denen er sich ständig befindet, — denen, die zwischen Salons oder Bureauwänden ihr Leben bringen, trifft das ebenso zu, wie bei manchem Arbeitsmann — wird denken: daheim arbeiten, hinter'm warmen Feuer und sich's bei der Arbeit bequem machen können, — muss doch bei weitem schöner sein, als an der Maschine sitzen, oder in dumpfen Fabrik- oder Werkstatträumen arbeiten müssen. Ja, das ist freilich angenehmer, aber das ist nicht die Methode, nach der der Heimarbeiter sein Brot verdient. Im Gegenteil, der Fabrikarbeiter ist weit besser gestellt als er und zwar nicht nur in einer Beziehung. Die Ausstellung legt dafür sprechende Beweise ab. Wir werden einem anderen Artikel noch eingehend hierauf zu sprechen kommen. Heute halten wir es für angebracht, in großen Zügen das Wesen, die Entwicklung und den Umfang der Heimarbeit, aber besser gesagt, der Hausindustrie, zu legen.

Die Hausindustrie ist nicht eine Erscheinung der wirtschaftlichen Wirtschaftsform der neueren Zeit. Sie stellt im weitesten Sinn dar und steht, geschichtlich betrachtet, zwischen Handwerk und Fabrik. Woan finden wir schon in den frühesten Zeiten hausindustrielle Tätigkeit. Es ist bekannt, dass auf den alten römischen Bauernhöfen die Hausindustrie auch eine andere Tätigkeit vertiefte, vor allem die Weberei liebte wurde. Diese wirtschaftliche Tätigkeit geschah nur zur Befriedigung des Bedarfs in der Familie auf betreffenden Hofe. Es war dies die industrielle Tätigkeit, sich im Rahmen der Familienorganisation bewegte. Von unterscheidet sich die Hausindustrie wesentlich dadurch, dass als wirtschaftliche Organisation den Charakter der Unternehmung trägt. Unternehmungen sind Geschäfte oder Betriebe, die Waren für den Markt und um des Gewinnes willen herstellen. In der Reihe der Unternehmungen steht Hausindustrie schon an zweiter Stelle.

Die erste Hauptform der Unternehmungen stellt das Handwerk dar. Solange die Mauern der Städte und die Mauern der Handwerkerorganisation es schützend und fördernd ließen, solange die Bevölkerungskräfte in den Städten, die kulturelle Abgrenzung und in gewissem Sinne Abgeschlossenheit der Staaten die Versorgung nur begrenzter Gebiete mit ausstehenden Erzeugnissen möglich machte, genügte die handwerkliche Produktion und Absatzorganisation. Die Dinge mussten aber andern, als die ungedeuteten Voraussetzungen in Erfall kamen. Andernfalls hat über auch die mit dem Sieg der Handwerkerkünste in den Städten, mit der zunehmenden Volhabenheit einzelner Handwerkergruppen geforderte Überproduktion und die immer stärker werdende Selbstsucht der Handwerker der Hausindustrie den Weg geöffnet.

Mit der Erschwerung des Meisterwerdens und der zunehmenden Erschwerung der Existenzbedingungen in den von altem Ruhm überfluteten Städten, trat allmählig eine Rückbildung der Handwerker auf das Land ein, wo kaufmännischer Wernerschaffungsgesetz dann willige und billige Hersteller von waren fand, zu denen er den Rohstoff lieferte. Der Handwerker brachte, wie P. Kampfmeier in seinem Buche „Die Ausindustrie in Deutschland“ schildert, nicht mehr selbst sein Produkt zum Markt, sondern er überließ es dem Kaufmann, dem Verleger, der ihm das Rohmaterial lieferte. Das Kontor jenes war der eigentliche Mittelpunkt der Wirtschaft. Der Verleger vereinigte in seiner Person alle Funktionen des Wollablers und des Leiters der Produktion. Eine gewaltige Revolution schloss dieses Verhältnis ein. Scheinbar waren die Weiber, die Spinster und andere Handwerksmeister dieben geblieben. Stand doch der alte Webstuhl in demselben Raum wie vorher. Die Werkstätten, die Arbeitsmittel waren ebenso alt. Aber, und das ist das Bedeutende, der Webstuhl arbeitete nicht mehr für den armen Handwerker, sondern aussen für den Großkaufmann, den Großkapitalisten.

Nicht nur Handwerker, sondern von Not und Elend gejagten auch Bauern wurden so zu den ersten Hausindustriellen. In der Niederrheinischen Gegend finden wir schon im 17. Jahrhundert die Bauern für den Großkaufmann Waren, besonders Webwaren liefern. Im Gladbacher Industriegebiet und vor allem in Schlesien war die landwirtschaftliche Bevölkerung ausindustriell tätig und in vielen modernen Bezirken Deutschlands sind ein großer Teil früher selbstständiger Handwerker zum Hausindustriellen herab, während andererseits

manch intelligenter Handwerker zum selbstständigen Kaufmann und Kapitalisten emporstieg. Wenn auch die Hausindustrie aus ihrer dominierenden Stellung früherer Jahrhunderte durch die Fabrik zurückgedrängt worden ist, so betrug doch nach der Gewerbezählung von 1895 die Zahl der in hausindustriellen Haupthäusern in Deutschland beschäftigten Personen über 460 000, davon über 202 000 weibliche. Außerdem bestanden noch 41 769 Nebenbetriebe. Außerdem werden in der Hausindustrie auch Kinder unter 14 Jahren beschäftigt, deren Zahl sich über 100 000 belaufen soll. Von den oben genannten 460 000 hausindustriell Tätigen entfallen nach der Statistik 12 des Deutschen Reiches, über 240 000 Personen auf die deutschen Großstädte. Nach Angabe der Unternehmer zählte Berlin allein im Jahre 1895 2723 hausindustrielle Betriebe und 61 007 Heimarbeiter bzw. Arbeiterrinnen.

— t.

Zur Aufhebung des Hilfsklassengesetzes.

Die Reichsregierung hat im vergangenen Monat einen Entwurf zur Reform des Hilfsklassenwesens erlassen lassen. Die Reform besteht darin, dass das bisherige Hilfsklassengesetz aufgehoben und den ihm unterstehenden Kassen eine andere Grundlage gegeben werden soll. Bei der allgemeinen Wichtigkeit der Materie hat der Entwurf zu lebhaften Erörterungen in den interessirten Kreisen Anlass gegeben.

Ohne Zweifel sind auf dem Gebiete des Hilfsklassenwesens Maßnahmen erforderlich, welche den bisher zu Tage tretenden Missständen ein Ende bereiten. Es sei hier nur an die zahlreichen Schwindelklassen erinnert, denen es auf Grund der vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen möglich war, ihr Handwerk zum Schaden der Versicherten in ausgedehntem Maße zu betreiben. Es fehlte im Gesetze eine allgemeine durchgreifende Regel, welche derartige Einrichtungen nicht aufzutunten lass. Zuvor kann es jedoch nicht, das auch das Vorhandensein einer solchen, zu schweren Bedenken Anlass gegeben hätte, da sie auch die wohlmeintenden Einrichtungen der auf Gegenseitigkeit beruhenden Kassen brach gelegt haben würde. Die Genehmigung der eingetragenen Hilfsklassen war daher nur an formelle Bedingungen geknüpft, die das heutige Hilfsklassengesetz versieht. Der Nachweis der materiellen Sicherheit, das dasjenige was die Statuten versprachen, auch auf die Dauer gehalten werden konnte, brauchte in keiner Weise erbracht zu werden. Kleine einschränkende Bestimmungen konnten nicht die gewünschte Wirkung ausüben. Unter solchen Umständen konnten die Schwindelklassen geradezu zu einer öffentlichen Gefahr werden. Die Behörde hatte gewiss die Aussicht über jene, aber was nutzte diese, wenn es trotzdem den Gründen möglich war, sich auf Lebenszeit zu Direktoren der Kassen zu ernennen, sich hohe Gehälter usw. festzusetzen. Stand der Ruin der Kasse bevor, dann ja, hatte die Behörde das Recht sie zu schließen. Damit ist nun aber den Kassenmitgliedern in keiner Weise gedient. Das eingezahlte Geld ist verloren und hat seinen Weg in die Taschen der Gründer gefunden.

Bei den auf Gegenseitigkeit beruhenden eingetragenen Hilfsklassen sind Missstände in größerem Umfange bisher nicht zu verzeichnen gewesen. Das Interesse aller Beteiligten ist hier ein viel stärker entwickeltes. Trotzdem haben sich die Versicherten auch hier nicht immer vor Schäden bewahren können, wenn eine Kasse sich wegen mangelnder Leistungsfähigkeit auflöste, oder die Behörde auf Auflösung drang. Am günstigen Wissen mag es hier weniger, als an dem mangelsenden Verständnis der leitenden Kreise über das Wesen der Kasse gelegen haben. Die Erfahrung der letzten Jahre hat auch gezeigt, dass bei den eingetragenen Hilfsklassen die Verwaltungskosten und sonstige geschäftliche Auslagen bedeutend steigen, während die Leistungsfähigkeit sich nicht in aufsteigender Richtung bewegte. Nach dem vorgelegten Entwurf wird zunächst das heutige Hilfsklassengesetz beseitigt. Die bereits bestehenden und noch zu gründenden Kassen werden dem Gesetz über die privaten Versicherungsanstalten unterstellt. In verschiedenen sozialen Zeitschriften, die sich mit der Arbeiterversicherung befassen, wird dieses als der erste Schritt auf dem Wege der Vereinheitlichung des deutschen Arbeiterversicherungswesens betrachtet. Wir können uns dieser Ansicht nicht anschließen. Der Entwurf bedeutet weder eine Vereinheitlichung, noch eine durchgreifende wohlthiende Reform. Vor allen Dingen muss bei einer solchen der Arbeiterschaft Gelegenheit geboten bleiben, ihre Kräfte auch fernermittl. der gemeinschaftlichen Unterstützung zu widmen. Dieses dürfte, wenn der Plan der Regierung von der Volksvertretung gut geheißen würde, in keiner Weise zutreffen.

Die dem „Gesetz über das private Versicherungswesen“ unterliegenden Einrichtungen werden vom Privatversicherungsamt überwacht. Dieses sieht, ganz besonders für das heutige auf genossenschaftlicher Grundlage beruhende Hilfsklassenwesen, Anforderungen, welchen nur eine mit hohem Kapital wirtschaftliche Gesellschaft gerecht werden kann. Vor allem wird

von den unterstellten Versicherungen eine versicherungstechnische Grundlage verlangt. Diese ist jedoch bei den wenigsten heute bestehenden eingetragenen Hilfsklassen vorhanden. Von letzteren besagt der Entwurf, dass sie auch nach dem Inkrafttreten der neuen Bestimmungen ihren Geschäftsbetrieb in der bisherigen Weise fortsetzen können, im übrigen jedoch die alten Bestimmungen außer Kraft treten.

Für Neugründungen bedarf es der Erlaubnis der Aufsichtsbehörde, unter Vorlage eines Geschäftsplanes. Die Erlaubnis darf nur dann verweigert werden, wenn 1) der Geschäftsplan den gesetzlichen Vorschriften widersprüht, 2) nach dem Geschäftsplan die Interessen der Versicherten nicht hinreichend gewahrt sind, oder die dauernde Erfüllbarkeit der aus den Versicherungen sich ergebenden Verpflichtungen nicht genügend dargetan ist, und 3) Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtsgültig, dass ein den Gelezen oder den guten Sitten entsprechender Geschäftsbetrieb nicht stattfinden wird. Außerdem kann die Erlaubnis von der Stellung einer Sicherheit abhängig gemacht werden.

Erhebt so die Gründung von Schwindelklassen unmöglich, so hat der Entwurf für die an den freien Hilfsklassen interessierten Krankenversicherungspflichtigen manche siblen Nebenwirkungen. Zunächst ist das Selbstverwaltungsrecht der bereits bestehenden Hilfsklassen durch die neuen Bestimmungen in Frage gestellt. Nicht die Versicherten oder deren gewählte Vertretung würden die Leitung der Kasse in der Hand haben, sondern das Privatversicherungsmass. Dem Bürokratismus wäre so Tür und Tor geöffnet. Neuerrichtungen von Hilfsklassen durch die Arbeiterschaft, die dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes, der bekanntlich eine Mindestleistung, die zur Versicherung in einer Orts- oder ähnlichen Krankenkasse entbindet, genügen, wären für die spätere Zeit vollständig ausgeschlossen. Die „versicherungstechnischen Grundlagen“ bedeuten eben, kapitalkräftig sein. Schon die Einholung eines versicherungstechnischen Gutachtens ist mit einigen hundert oder noch mehr Mark Kosten verknüpft. Neuerrichtende Krankenversicherung-Hilfsklassen würden daher nur auf die Dauer noch Spekulationsobjekte kapitalkräftiger Gesellschaften, die hier einen ansehnlichen Gewinn einheimsen können. Obwohl die Erfahrung lehrt, dass das Gediehen und die Leistungsfähigkeit der Hilfsklassen durchaus nicht von der Versicherungstechnik abhängig ist, will man so das Kind mit dem Bade ausschütten. Mag es schwierig sein unter den obwaltenden Verhältnissen einen Ausgleich zu finden, soweit wie vorgesehen, darf die Selbstbetätigung der Arbeiterschaft nicht unterbunden werden.

Auf die, auf Grund landesrechtlicher Bestimmungen errichteten Hilfsklassen bezieht sich der vorliegende Entwurf bezüglich der Unterstellung unter das Privatversicherungsgesetz nicht, sondern überlässt dieses den einzelnen Bundesstaaten, welche nach den vorliegenden Verhältnissen solches veranlassen können.

Der Entwurf gibt bereits zu lebhaften Protesten Anlass. Ein unter sozialer Führung tagender Kongress der eingetragenen Hilfsklassen nahm eine Resolution an, welche strikte Ablehnung der Regierungsvorlage fordert; andernfalls sollen Bestimmungen eingeflossen werden, welche zur Abhängigkeit der gebrochenen Wirkungen dienen sollen. Bemerkenswert ist noch, dass der Entwurf auf keinerlei politischen Motiven beruht, sondern rein sachlich gehalten ist. Trotz alledem ist nicht zu erwarten, dass der Reichstag ihm ohne weiteres zustimmen dürfte. In der vorliegenden Form bedeutet er für die Arbeiterschaft kein Fortschritt.

Stuttgarter Brief.

Stuttgart ist eine Stadt mit einer blühenden, großen Möbelindustrie; ca. 32 teils groÙe, teils kleinere Möbelfabriken sind, abgesehen von etwa 70 Kleinmeistern, von denen auch mancher 4 bis 10 Arbeiter beschäftigt; hier vorhanden. Die Stuttgarter Möbelindustrie genießt einen Weltklang; die Fabriken mit hunderten von Arbeitern sind darauf angewiesen, sich immer neue Absatzgebiete zu erschließen und dabei die alten zu halten. Eine solche Industrie ist naturnotwendig auf eine äußerst tüchtige, intelligente und leistungsfähige Arbeiterschaft angewiesen; diese ist zum ohne Zweifel vorhanden. Stuttgart genießt auch den „Ruhm“, die Leitung des freien Holzarbeiterverbandes — also eine ganze Reihe intelligenter Köpfe und „Bossläutgewerkschafter“ — in den geheiligten Mauern zu beherbergen; ein Grund mehr, um nur mit „außergewöhnlicher Hochachtung“ von den Zuständen in der Stuttgarter Möbelindustrie zu sprechen und zu schreiben.

Vorausgesetzt muss werden, dass wir allerdings mit dem Verstand eines gewöhnlichen Sterblichen und Christenmenschen nicht erfassen können, wie es kommen mag, dass in einer Stadt wie Stuttgart, wo gewissmaßen die Wiege des freien Verbandes stand, in einer Stadt, wo dieser Verband schon seit Jahren 2000 Mitglieder und mehr zählt, in einer Stadt, wo heutzutage sicher 80% aller in der Möbelindustrie beschäftigten Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sind, in einer Stadt, wo der freie Verband seinen Sitz hat, noch so traurige

Verhältnisse für die Arbeiter vorhanden sein können, wie solches tatsächlich der Fall ist. Es scheint demnach doch leichter zu sein, die „Christlichen“ zu bekämpfen, als bessere Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Auch dürfte die Meinung viel für sich haben, daß es beim freien Verband nichts schaden könnte, wenn er mehr Wert auf die gewerkschaftliche Schulung seiner Mitglieder legen und sich dafür etwas mehr Reserva dem christlichen Verbande gegenüber auferlegen würde, nicht etwa, weil wir uns fürchten, — der wackere Schwabe fürcht' sich nicht — sondern weil dieses im Interesse der Arbeiter und auch ganz besonders in jenem der Stuttgarter Kollegen liegen würde.

Dass diese Meinung viel für sich hat, beweisen die Bit-
sände in der Stuttgarter Möbelindustrie. Wehe dem nord-
und westdeutschen Kollegen, der in Stuttgart zureist und nicht
schon in andern Städten das Schusten und Wühlen aus dem
Stoff kennt und gelernt hat; er wird in der ersten Zeit aus
dem „Dschit“ nicht mehr herauskommen und schließlich von
einem Geschäft nach dem andern flattern bis er sich ans
Stuttgarter „Arbeiten“ gewöhnt hat. Im letzten Frühjahr
hatten wir nun in Stuttgart eine Lohnbewegung, bei welcher
zwischen dem freien Verband und den Stuttgarter Holz-
industriellen ein Tarifvertrag, der sehr minimale
Besserungen auf dem „Papier“ enthielt, abgeschlossen
wurde. Die „Christlichen“ schließen man selbstredend in
Stuttgart bei solchen Abmachungen aus, doch „dürfen“ sie,
wenn es zum Streik kommt, „sogar“ mitstreiken; eine Gnade,
für die wir bei Gelegenheit den hohen Herrschäften nicht
genug danken können. Es lebe die Gleichberechtigung!!
Als wesentliche Punkte des vorbezeichneten Vertrages heben
sie hervor:

1. Mit jedem Arbeiter muß innerhalb der ersten Woche ein Stundenlohn vereinbart werden;
 2. Der Mindestlohn beträgt mindestens 40 Pfz. pro Stunde; mit Arbeitern unter 20 Jahren ist eine besondere Vereinbarung zulässig;
 3. Bei Abfördarbeit ist der vereinbarte Stundenlohn zu garantieren. Eine Übertragung auf spätere Arbeiten findet nicht statt;
 4. Auf die bisherigen Löhne und Abfördpreise erfolgt ein Aufschlag von 5% ab 1. Juni 1906.

schlag von 5%, ab 1. Juni 1906.
Doch der Verband „denkt“, der Fabrikant „lent“ und das Verbandsmitglied „Schwendi“ ab. Die 5%ige Lohnherhöhung würde nur in wenigen Geschäften vorgenommen, in den übrigen hat man glattweg nach unten abgerundet. So heißt es in einem Flugblatt der patentierten Arbeitervertreter und Führer: Die Fälle, wo das Desjüt Metzger würde, haben sich besonders in der letzten Zeit verändert, daß es dringend notwendig erscheint, diesem System ordentlich auf den Leib zu rücken. Bei Feststellung des Desjuts werde dem Arbeiter zugesetzt, in die Übertragung desselben auf den nächsten Altkord einzumischen. Das schämte ist natürlich, daß die Herren „Genossen“, die so gut „Schwarzwill“ jagen können, beim Werkmeister oder Fabrikanten unsollen wie die Mäuden, sich einfach bilden. Andere Kollegen, die dem Bertrag Geltung verschaffen wollten, wurden zum Teil entlassen. So habe man, heißt es in dem Flugblatt, weil nicht alle Kollegen festgeblieben seien, eine Errungenschaft freigegeben, die die Organisation jederzeit zu verteidigen bereit war. (Warum hat sie solches nicht sofort getan?) Allgemein wird erklärt, daß die Altkordsätze gegen früher ungünstiger geworden sind; der Stundenlohn ist aber noch 0 bis 45 Pfsg. „So fari es“, schreibt die Leitung in ihrem schon zitierten Flugblatt, „nicht mehr weiter gehen“. Deshalb rief sie eine Möbelarbeiterversammlung auf den 15. Januar in Dinslakers Saalbau ein. Die Versammlung war von ca. 00-1000 Kollegen besucht und nahm einen lebhaften Verlauf. Von einigen Kollegen wurden die Beihilfesätze sachlich erprobt, der Leitung des Verbandes wurden eine Reihe besserer Billen verabreicht; die Kollegen seien bei der Vergangig im Frühjahr von der Leitung derselben überrumpelt worden. Den Arbeitgebern und Werkmeistern wurden

Aus der Uebersicht des Herrenwissensschatzes.

Theorie und Praxis hat nunmehr so grundverschieden, wie bei der Sozialdemokratie. In der Theorie verpricht die Oberschichter zu den Arbeitern den Himmel auf Erden, in der Praxis gibt sie ihnen Steine statt Brot. In der Theorie will die Sozialdemokratie die Arbeiter befreien von der kapitalistischen Ausbeutung, will sie schüben gegen ein Unternehmerium, welches die Arbeiter zu knebeln und zu knechten sucht, in der Praxis dagegen verfahren sozialdemokratische Arbeitgeber mit ihren Arbeitern zehnmal schlimmer, wie der mittlere bürgerliche Arbeitgeber. Ein treffendes Beispiel dafür liefert wiederum die Kurzrede in dem sozialdemokratischen „Weekly“ „Forward“ erfolgte an die Zeit Befreiung von jenen Redaktionen. Dieselben hatten sich mißliebig gemacht in ihren Meinungsausflügen, ähnlich so wie ein schlichter Fabrikarbeiter, der bei seinem Arbeitgeber beschuldigt in Unzuneigung fällt, weil vielleicht in politischer Sache nicht mit dessen Ansichten übereinstimmt. Die Redaktion der sozialdemokratischen Partei trifft diese Mißnahme und kann hierzulande den Sünden der Kugelfangen geahndet werden. Die Kugelfangen verlangten in den Sitzungen verboten zu werden, um sie zu verhindern zu dürfen. Da kamen aber jedoch an. So etwas ist zwar im bürgerlichen Staate mit jedem Büchlein oder gestattet, doch bei einem sozialdemokratischen Regiment ist dies anders. Wer hier einfach nicht hört und in Demut sich beugt, der fliegt. Und so erging auch nach den „ealen Sedys“, wie Bebel die Entlassenen entzogen noch in verhömmten Jagd.

Mit der Entlassung oder besser ausgedrückt, Massen-
Sperrung, war für die „einen Sechz“ begreiflicherweise die
Gelegenheit nicht erledigt. Sie ließen zu ihrer Rechtfertigung
eine Proklamation er scheinen. Manchen „Gehörigen“ werden
zu irgende „Innenstaatsfeste“ Durze gefragt. Es wird
die „möglichste“ Streichung des Parteidienstes und zwar
die bewusste „Streichung“ vorgenommen. Neben die Ent-
lassung steht es in einer Reihe: Am 20. Oktober

einige Schmeicheleien an den Kopf geworfen, den Mitgliedern selbst wurde der Standpunkt klar gemacht und das nicht wenig. Ein ganz geringer Bruchteil, so führte der „Genosse“ Dörfer aus, erfüllte seine Pflicht dem Verband gegenüber. Die große Masse der Mitglieder sei nur wegen den Unterstützungen in demselben; kein Ideal für Freiheit und Menschenwürde stelle in den Köpfen, es sei eine Schande für lebige Kollegen, so interessent- und gedankenlos in den Tag hineinzuleben. So ging es ungefähr eine halbe Stunde lang fort. Prost! Wir gratulieren zu dieser Einsicht. Natürlich fehlte der Hinweis auf die russische Revolution und die christlichen Puppen im Deutschen Reichstag nicht. Auch für die sozialdemokratische Presse wurde agitiert. Die Genossen selbst sagten sich einige Grobheiten. So verlief die Versammlung ganz interessant. Die radical stellenden Resolutionen wurden zu Gunsten einer zahmeren, von der Verbandsleitung vorgeschlagenen, langen Resolution, die einstimmige Annahme fand, zurückgezogen. Das Beste kam noch am Schlusse. Der Vorsitzende brachte einen Antrag zur Verlesung, dahingehend, daß eine Teuersammlung zu Gunsten der russischen Revolution vorgenommen werden solle. Über den Antrag wurde sofort abgestimmt und derselbe angenommen. Die Sache ging so rasch, daß mancher nach der Abstimmung erst fragte, worüber denn eigentlich abgestimmt worden sei. Zu Ehren der Kollegen sei gesagt, daß vielleicht kaum die Hälfte der Kollegen für den Antrag abgestimmt haben, die anderen haben eben dadurch, daß sie nichts gaben und das war die Mehrheit, bewiesen, was sie von einer solchen Sammlung halten. Unsere unmaßgebliche Meinung geht dahin, daß mit dem Stellen und der Annahme dieses Antrages der Effekt der Versammlung dahin war und sich die Holzarbeiter Stuttgarts hiermit eine ordentliche Blöße gegeben haben. Dieses ist auch die Ansicht mancher Mitglieder des freien Verbandes. So macht man in Stuttgart, am Tigris der Zentrale, „Gewerkschaftspolitik“. Aus diesem Grunde sind auch die Verhältnisse so „glänzend“. Für einen denkenden, christlich gesinnten Arbeiter kann und ist in einem solchen Verband kein Platz, darum mit Mut eingetreten in den christlichen Holzarbeiterverband!

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Zum Interesse der Kollegen machen wird darauf aufmerksam gemacht, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 4. Wochenbeitrag für die Zeit vom 21. bis 27. Januar 1906 fällig ist.

Die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen
Zahlbeitrages von 10 Pf. erhält die Bahnstelle Dresden.

In der letzten Zeit ist wiederholt die Tatsache zu ver-
einhen gewesen, daß in einzelnen Zahlstellen Mitglieder,
deren Handlungswweise keine korrekte war, ohne weiteres
aus dem Verbande ausgeschlossen wurden und der Zahlstellen-
vorstand um Bekanntgabe im Organ ersuchte. Ein solches
Vorfahren läßt sich nicht rechtfertigen. Unbedingt notwendig
ist, daß Mitglieder, die sich des unkollegialischen Verhaltens
schuldig machen, zunächst ermahnt und auf die Folgen ihres
Handelns hingewiesen werden. Eine Verständigung des
Hauptvorstandes erscheint ebenfalls angebracht. Auf keinen
Fall aber gelangen Auschlüsse im Organ zur Veröffentlichung,
in denen der Hauptvorstand nicht benachrichtigt wurde und
die Gründe sehr fadenscheinige sind oder persönlichen
Eidereien entspringen.

Mit der Abrechnung für das IV. Quartal 1905 für eine Anzahl Bahlstellen im Rückstande. Laut § 87 des Handelsstatutus hat die Abrechnung innerhalb 4 Wochen Quartalschluss zu geschehen, andernfalls der Zeitungsmaterialversandt eingestellt werden kann.

Körnbewegung.

Bei allen Bahnbewegungen ist der Centralstelle jedo vor Redaktionsschluss ein Bericht über den Stand der Ver einzenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zug
Zugung ist fernzuhalten von Schleinen nach D (Baden), Firma Himmelstädt, Magdeburg, Firma Erich und Wenzel und Wehle, am Bahnhof und Stade

und Remscheid. — Modell- und Fabrikhöfen nach Eisele
Kunstverleihstelle vorm. Dinnendahl & Co.

Berichte aus den Zahlstellen.

Lennep. Im schönen bergischen Lande, umgeben von Kranze größerer und kleinerer Kalkspalten, die teils den Verstand der Wupper regulieren helfen, liegt das Städtchen mit etwa 11 000 Einwohnern. Hier, wo vor Jahren die Industrie fast in jedem Hause vertreten war, heute jedoch Großbetrieb ausgegangen ist, brach in den letzten Jahren die Gründungen früherer Zeit in das Nichts zurückgesunken und da der Gewerkschaftsgedanke Wahn. Wenn auch am Anfang sich doch in den letzten Monaten wieder eine Bewegung in diesem Sinne bemerkbar. Räumenlich waren es die Vorstände welche in kürzer Zeit zu einer verhältnismäßig starken Zahl gekommen. Die von diesen glatt durchgedrückte Forderung einer Lohnnerhöhung brachte auch die am Orte arbeitenden Sozialdemokratischen Organisationsgedanken näher. Die von unserer Sektion einberufene Versammlung am 23. September 1905, in der Dr. Buchark aus Elberfeld über die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses in Berufsverbänden referierte, brachte einen Erfolg, daß sieben Kollegen dem Christlichen Holzarbeiterbund beitreten. Drei weitere Kollegen von hier, welche die Zahlstelle Remscheid angeschlossen waren, versprachen sich nach Überweisen zu lassen und damit kamen wir zu der erforderlichen Zahl zur Gründung einer Zahlstelle. In der nächsten Versammlung wählten wir unsern Vorstand und haben dann am Beginn des vierten Quartals unsere Zahlstelle eröffnet. Herzhaft haben muß hier noch werden, daß die Inhaber einer grünen Bauschreinerei am Orte, in welcher die meisten Kollegen beschäftigt sind, nachdem sie von den Absichten ihrer Arbeitnehmer bekommen hatten, die tägliche Arbeitszeit von 10½ Stunden auf 10 Stunden reduzierten und den Stundenlohn dementsprechend erhöhten. Die auf den 10. Dezember einberufene Zahlstelle-Konferenz zu Düsseldorf wurde von unserem Vorsitzenden und die dort geholten Anregungen und Wünche hat bei einem ausführlichen Bericht niedergelegt und dem Protokoll einverlebt. Der Bericht bietet uns eine Quelle des Rückschlusses der wir gerne schöpfen. Es war unser Bestreben, uns die schwierigen Verhältnisse zu arbeiten, welche namentlich in der ersten Zeit sich recht fühlbar machen, wenn keine rechte Leidenschaft vorhanden und die schwache Lokalkasse das Zugehen auswärtiger Redner nicht erlaubt. Deshalb begreifbar, daß freudig, daß Kollege Buchark sich bereit erklärt hat, im Anfang des neuen Jahres einen Unterrichtskursus in unserer Zahlstelle einzurichten. Wir hoffen, daß durch denselben die Mitglieder geschult und befähigt werden, in der modernen Arbeiterbewegung ihren Mann zu stellen und dadurch wieder in der Zahlstelle einen festen Kern erhalten. Der schlimmste Feind, dem wir hier zu kämpfen haben, ist der Indifferenzismus. Er lebt hier eine Arbeiterschaft, welche mit den hiesigen Verhältnissen so gewachsen und wenn man schon des Deister hier herrschende Lebensstätte kritisiert, so fehlt es doch an der Energie und Entschiedenheit, durch Anschluß an die Organisation das Mittel der Selbsthilfe zu ergreifen und durch dieselbe auf Selbsthilfe zu dringen. Dennoch hoffen wir auch hier mit der Zeit Wandel zu sehen, wenn unsere Mitglieder treu zusammenhalten und in zunehmender Werbe- und Aufklärungsarbeit auf die Industriekollegen einwirken. Mit dieser Hoffnung treten wir ins neue Jahr; möge es ein reiches für uns sein, sowohl an Arbeit als an Erfolgen.

Siebentes: Man hat gegen Parteigenossen in

Wichterl: Man hat ohne jeden Zweck auf uns geschossen.

zugehören. Nun hat diese jeden Beweis, ohne zu
son irgend welchen bestimmten Tatsachen Gesinnungen
richtigt, man hat parteiliche Anschaunungen nachgefragt,
während gar nicht vorhanden sind.

Neunteus: Man hat die Gewährung blohen
andels an einseitige Bedingungen geknüpft und die
andlungen teils verweigert, teils ihr Scheitern direkt
direkt bewirkt.

Zehntens: Man hat Redakteure, die sich keine
blung haben auszuhelfen kommen lassen, wie Polizei-Blügel
s aus der Redaktion geworfen, und sie nicht einmal vor
bstigt jadot unterrichtet, sondern sie durch einen öffent
los davon in Kenntnis gesetzt.

Giffen: Man hat sozialdemokratische Redakteure gemacht, die Angiffe der bürgerlichen Presse auf die Partei zurückzuweisen. Man hat dann gegen sie gekämpft, hätten die bürgerliche Presse gegen die Partei auswirken wollen.

Zwölftens: Man hat die Parteihre der alten undeten noch durch dunkle, unsägbar undeutlichen, durch offensichtliche Verleumdungen zu untergraben gesucht.

Dreizehnten: Man hat Angegriffene verhindern zu Stelle zu antworten, wo sie angegriffen wurden. So sieht also die sozialdemokratische Praxis aus; so hält die oberste Instanz der sozialdemokratischen Partei in ihren Betrieben beschäftigten Angestellten. Und dieser Partei sind die „freien“ Gewerkschaften einschließen beieinander zusammen.

durch eine Reihe von Mitgliedern zu festigen. Durch das eitlerndische Auftreten der „Genossen“ und deren „Erfolge“ gemacht, fiel es schwer, unsere Kollegen für den christlichen Arbeiterverband zu interessieren. Nachdem unsern Kollegen durch das schlechte Dasein unseres Verbandsblattes und durch den Besuch der Versammlungen immer mehr klar wird, daß nur christlichen Gewerkschaften praktische Arbeit für die Verbesserung wirtschaftlichen Daseins unseres Standes leisten, bekommen sie, zum wenigsten auch durch die vortrefflichen Unterstützungsrichtungen, immer mehr Vertrauen zu unserem Verband. Dies ist auch in unserer ersten Versammlung, wo alle Kollegen anwesend waren, bestellt waren von dem Gedanken, raschlos werden in der Riesigkeiten von Mund zu Mund, um den Band in seiner schweren Arbeit, die er mit brennender Wärme erfüllt und Ausdauer verrichtet, tatkräftig zu unterstützen. Lösung unserer Ortsgruppe muß im neuen Jahre heißen: „Vorwärts immer, rückwärts niemals!“ In der Kartellung wurde beschlossen, daß jeder Kollege vortrefflich an den vier Pf. für die Kartellkasse als Extrabeitrag zu zahlen. Wie sind gewiß, daß jeder mit Freuden die paar Pfennige, dienen sie doch dazu, uns in der Agitation für unsere Sache wärt zu bringen! Zum Schlus rufen wir unsern Bromberger Mitgliedern zu: Halte die Leine dem Verbande auch im neuen Jahr. Euch nichts weiz machen von unseren Gegnern, werbt neue Mitglieder für unsere Zahlstelle, denn allein sind wir es, vereint aber alles.

Frankenstein. Die Frage, ob Handwerksgesellen die Organisation notwendig haben, wurde in einer am 6. Januar stattgefundenen Gewerkschaftsversammlung vom Kollegen Gloger-Kattowksi besprochen. Notwendig ist der gewerkschaftliche Zusammenschluß der Handwerksgesellen schon deshalb, weil, wie die Statistik, nur ein geringer Prozentsatz von diesen selbstständig werden kann. Die Mehrheit hat so ein Interesse daran, in den gegebenen Verhältnissen schon möglichst ein besseres Dasein zu erhalten. Aber auch die Minderheit, welche Aussicht auf einen Selbständigkeitserwerb hat, kann den Dingen, wie sie sich entwickeln, nicht hilflos zuschauen. Mit einem guten Willen und da-leistungsfähigen Gesellenstand kann das Handwerk allein operieren. Die Organisation der Gesellen ist auch aus dem Grunde notwendig, weil die Betreuung der Gesellen in den alten Institutionen (Gewerbe- und Schiedsgerichte, Kranken- u. c.) unbedingt eines starken Rückhaltes bedarf.

Rosenheim. Am 1. Drei-Königstag hielten die Zahlstellen christl. Verbände von Rosenheim und Umgebung — 10 an Zahl — eine Konferenz ab, wobei nach einem gebiegenen Rat des Kollegen Kampf-Münchens über die Aufgaben der Städte, nach gegenseitiger Aussprache folgende Resolution einstimmig angenommen wurde:

1. Die im kath. Gesellenhause tagende Konferenz der christlichen Arbeiter von Rosenheim und Umgebung verpflichtet sich, bald ein Ortskartell zwecks einheitlicher Agitation für die Gewerkschaftssache am Orte zu errichten, und im Betriebsrat und Ausbau der Zahlstellen nach den in Nr. 46 des „Deutschen Holzarbeiter“ vom Jahre 1905 gegebenen Winken zu richten. — 2. Ferner ist es eine unabdingbare Notwendigkeit zur Erziehung von Streikfertigkeiten im Arbeitsverhältnis, für Rosenheim Umgebung ein Gewerkegericht zu errichten. — 3. Der ortsliche Tagelohn von M. 2,10 entspricht keineswegs den hohen Lebenshaltungen, welche ein Arbeiter in einer so leichten Stadt für Unterhaltung verausgabt muss. — 4. Die Arbeitervertragsabstimmung, den christl. Arbeitern gemäß der Gesetzgebung zugängig zu machen, ist eine Hauptaufgabe der christlichen Gewerkschaften von seher gewesen. In Rücksicht auf die dadurch möglichen Vorteile empfiehlt die Konferenz den Anschluß an das „Arbeiterkonservat München.“ — Alle diese Fragen zu lösen, und die Konferenz zunächst eine schlagende Kommission. Die Zahlstelle ist durch unsern Vorsitzenden Dainger vertreten. Unmöglich handelt eine große Gewerkschaftsversammlung statt.

Die am 3. Uhr eröffnete wurde, was der ca. 500 Personen zahl voll besetzt. Es muß gesagt werden, vor einem Jahre hätte man von einer solchen Arbeiterversammlung nur zu träumen gewollt. Aber auch das andre muß gesagt werden, daß gerade jene vielen, denen ein solcher Versammlungsort unmöglich wäre, jene vielen, die sich um die für ihre Person auch so notwendigen Fragen herumdrücken wie die um den besten Preis ja, wie wiederholen es, jenen vielen, die der „Christus“, oder „Streikverein“, und wie all diese anderen Ausdrücke laufen, gerade gut genug ist die Kastanien beim Feuer herausholen zu dürfen, während sie — die „christlichen Menschen“ — seige genug sind, ihre Nebenarbeiter, Familienmitglieder sind, ruhig die Opfer bringen zu lassen, damit Lage verbessert werden kann, von solch gefährlichen Dingen vorsichtig entfernt halten, damit sie nicht Augen brauchen, um sie endlich der Arbeitgeber fragen sollte, wo sie am Sonntag zu sitzen, zu sagen, daß sie in einer Gewerkschaftsversammlung dazu fehlten der Mut. Auf die Ausführungen der Referenten Kollegen Bergmann, Königbauer und Kempf einzuhören, wurde zu weit führen. Während Kollege Bergmann den „Kampf der Arbeiter um ihre Existenz“ sprach, Arbeiterschätzler Königbauer die „gefährliche Hebung des Arbeiters des“ den Anwesenden in Zukunft ausführlicher und verständlicher Weise auseinander, worauf Kollege Kampf den Unterschieden christl. und sozialdemokratischen Gewerkschaften beleuchtete, sei sich derselbe größtmöglichkeit der Selbstverständnis der Gegner bewusst. Natürlich hätten sich auch einige der „roten Kampf“ eingeschlichen, um nach Bedeutung ihres unschuldigen „Grundbewußtens“ die Rolle des Sittenträters über die christl. Arbeiter und Streikbrecher zu übernehmen. — Allein die „Möglichkeit“ war „nicht gegeben“, und deshalb glaubte so „Möglichkeit“ die Ausführungen des Kollegen Kempf mit überalligen und drastischen Widerlegungen zu müssen. Als letzten ließen die besten einige Einladungen auf den Tisch legen zu eines am nächsten Tag im „Sterngarten“ stattfindenden Versammlung. Da kam der Nachteil von München, daß die christl. Dummköpfe gar keine Sehnsucht nach dem Kreislauf im Ruhmstaat haben. — Nachdem sich zur Diskussion stellte, wurde die vormittags gesetzte Resolution verlesen, welche auch hier einstimmig Annahme fand, worauf Kollege Bergmann im Schluswort noch außer der Frauenbewegung besonders unseres so geschilderten Feindes, der indifferenteren Stellung gebracht.

Wald. Die bei Gelegenheit der Generalversammlung geübte Wahl hatte das Ergebnis, daß der alte Vorstand wiederwahl wurde. Jedermann ist so der Zahlstelle am besten geeignet. Jedermann ist nur, daß unsere Mitglieder im neuen Jahre Solitäraner, der im vergangenen Jahre herrschte, endlich beilegen und insbesondere sich eines regen Versammlungsablaufs beseitigen. Trotz der beschlossenen Beitragserhöhung von auf 40 Pf. kann man den Kollegen nicht das größte Lob ob gewerkschaftlichen Leistung ausstellen. Beherzte vor-

allem jedes Mitglied, bis in der Generalversammlung gesprochenen Worte des Kollegen Wegscheide.

Groß-Steinheim. Über „die Feinde der christlichen Gewerkschaftsbewegung“ referierte in unserer am 16. Jan. stattgefundenen Generalversammlung, nach gefälliger Vorstandswahl, Bezirksvorsteher Kollege Spahn, Offenbach. Einige Mitglieder der Zahlstelle waren anwesend. Als die beiden ersten Feinde bezeichnete der Referent den Kapitalismus und die sozialen Gewerkschaften, deren Zielsetzung den christl. Gewerkschaften gegenüber ja jedem sachsen bekannt ist. Als den dritten, aber auch den größten Feind nannte Redner den starken Indifferenzismus und legte in warmen Worten den anwesenden Kollegen die Agitation unter den Indifferenzern ans Herz. Wir wollen hoffen, daß die Mitglieder ihre Pflicht tun und sich nicht nur in der Versammlung mit Beifallsklatschen begnügen, sondern auch praktische Arbeit liefern. — Am Sonntag den 28. d. Mon. nachmittags, 3 Uhr findet im „Karlberge“ Kartellsversammlung statt, wo Gewerkschaftssekretär Thomas Frankfurter über das Thema: „Was lehren uns die wirtschaftlichen Vorgänge des vergangenen Jahres?“ referieren wird. Die Mitglieder werden erachtet, zahlreich zu erscheinen.

Köln-Denk. In unserer am 13. Januar stattgefundenen Generalversammlung standen zwei Punkte auf der Tagesordnung: Vortrag eines Kollegen von der Zentralstelle in Köln und Vorstandswahl. Die vorgenommene Wahl geschah in besonders erfreulich einmütiger Weise. Ist auch unsere Ortsgruppe nicht groß an Mitgliedernzahl, so sind die Kollegen doch von dem festen Willen besetzt, in Erfüllung ihrer gewerkschaftlichen Pflichten treu läufig zu sein. So sind wir mit voller Zuversicht in das neue Jahr eingetreten, bereit, in Kollegialer Weise Freud und Leid jederzeit vereint zu tragen. Möge jeder Kollege, diesem Grundzweck folgend, unsern Verband fördern helfen durch eifrig Agitation und besonders fleißigen Versammlungsbesuch. So wird unsere Zahlstelle hier, trotz der großen Schwierigkeiten am Ort, mehr erstarken und geben. Drum auf Kollegen: Mit Mut und Kraft — voraus!

Belen. Während des Bestehens unserer Zahlstelle hat sich gezeigt, daß die Kollegen den Augen der Organisation eingesehen haben und entschlossen sind, ihr gutes Recht gemeinsam zu verteidigen und dieses auch zu verteidigen. Zunächst ist zu berichten, daß am 8. Januar unsere Generalversammlung stattgefunden hat, bei welcher volle Einmütigkeit unter den Kollegen herrschte, welche, wenn dauernd, zu den besten Hoffnungen für das weitere Gediehen unserer jungen Zahlstelle berechtigt. Auch fand hier am 14. Januar eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Böhme rezipierte. Zwar sind hier fast alle Kollegen organisiert, doch muß einer eventl. eintretenden Interessentenlosigkeit vorgebeugt werden. Denn nur mit vorhandenem regen Interesse und voller Eintigkeit können wir mit sicherer Hoffnung in die Zukunft blicken. Auch sei an dieser Stelle nochmals an unsere Mitglieder der Appell gerichtet, alles auszubüten, um unsere Zahlstelle nach innen und außen zu stärken und nicht eher zu ruhen, bis der letzte Holzarbeiter am hiesigen Orte organisiert ist.

Hörst-Güscher. Nachdem am 10. Sept. die Gründung unserer Zahlstelle stattfand, war es das Bestreben der Mitglieder, dieselbe nach innen und außen zu festigen. In diesem Bestreben wurden sie besonders vom Kollegen Lander, Gladbeck, in tatkräftiger Weise unterstützt. Der Indifferenzismus ist am Orte jedoch noch sehr stark und fand zum Zwecke der Klusslägung am 7. Januar eine außerordentliche Versammlung statt in der Kollege Böhme, Bochum, einen interessanten Vortrag über die Erfolge der im Verbande vereinigten Kollegen hielt. In Hörst und Buer wäre wahrlieb auch bald notwendig, daß sich die Kollegen ermannten. Herrscht doch noch die 11-stündige Arbeitszeit nebst den dazu gehörigen miserablen Löhnen. Solange aber nicht mehr wie bisher von den Kollegen selbst die Initiative ergriffen und der Organisation nicht mehr Beachtung geschenkt wird, haben sich diese wahrlieb nicht zu beschlagen. Rütteln wir daher recht kräftig die Denksäulen auf; auf die Dauer müssen sich Erfolge zeigen.

Siltenburg. Vieles und erstaunliches wußten wir von hier nicht zu melden. Die Kollegen halten so gut wie eben möglich zusammen, wenn auch manchmal der Versammlungsbesuch ein regerer sein könnte. Seit der Gründung unserer Zahlstelle im Februar v. J. fanden 11 Mitglieder- und 3 öffentliche Versammlungen statt. Keine Unterstützung wurde den hiesigen Zahlstellen der christlichen Gewerkschaften durch den Kollegen Rümmele, Greiz, zu teilen. — Eine unangenehme Geschichte bereitete uns ein Grüner, der sich in den Verband aufzunehmen ließ, dann bei Anlaß einer gemeinsamen Feier 100 Beitragsmarken stahl und damit das Weite suchte. Später hat er dann, da er die Marken in sein Buch eingeschrieben, Reiseunterführung an anderen Orten erhoben. Hier ist die Mahnung wohl angebracht, die Marken gut aufzubewahren und bei Auszahlung der Unterstützung genau auf das Buch zu achten. — Hoffentlich erhalten wir im neuen Jahre einen größeren Zufluss der Zahlstelle. Jeder Kollege muß dafür sorgen, Mitglieder zu gewinnen; selbst ein mehrmaliges „Anteilen“ darf nicht entmündigen. Auf einen Sieg fällt kein Baum.

Greven. Die z. B. sich hier bei den Zimmerern geltend machenden Zahlreduzierungen waren in unserer Generalversammlung Gegenstand der Verhandlungen. Bei den im vergangenen Februarjahr gepflogenen Unterhandlungen verpflichteten sich die Arbeitgeber in der Winterperiode, wenn die Arbeit eine längere sei, nicht mehr wie 20—25 Pf. vom Tagelohne in Abzug zu bringen. Ein Stundenlohn wurde damals nicht festgelegt; doch bezog der Tagelohn bei 10 $\frac{1}{2}$ stündiger Arbeitszeit 2,90—3,00 M. Die Arbeitgeber kamen ihren damaligen Versprechungen jedoch nicht nach und zahlen nunmehr nur bei achtstündigter Arbeitszeit 2,40 M. Ein Vorstelligwerden der Kollegen nutzte nichts und berief man sich darauf, daß sie in der Zeit wo nicht gearbeitet würde auch nichts verdienten. Die Kollegen werden sich dies merken und für die Zukunft derartigen Dingen vorbeugen. Im Verlauf der erwähnten Versammlung hielte Kollege Sp. Küntzel einen recht interessanten Vortrag. Ferner wurde die Vorstandswahl vorgenommen.

Vorsteher und Kassier.

Effen. Zu rein geschäftlichen Angelegenheiten hatte sich unsere am 13. Januar stattgefundenen Generalversammlung zu befassen. Kollege Höglmeyer gab zunächst den Kassenbericht. Der selbe wurde von den Revisoren geprüft und für richtig befunden. Dem Kassierer wurde heraus Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl zeigte eine erfreuliche Einmütigkeit der Kollegen. Bewaht wurde, daß es unserem bisherigen Kassierer, Kollegen Höglmeyer nicht mehr möglich war, sein Amt weiter zu führen. Ein eingegangener Antrag auf Erhöhung des Lokalbeitrages wurde laut Beschluss auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gesetzt.

Des ferneren wurde das Vertratenmännerwesen besprochen und für diejenigen Betriebe, welche mehrere Kollegen beschäftigen, je ein Delegierter bestimmt.

Gewerkschaftliches.

„Nur unorganisierte Arbeiter finden Berücksichtigung.“ So ist zu lesen in einem Arbeitsmarkt-Blatt der in Berlin erscheinenden „Marktischen Volkszeitung“. Wer etwa meint, ein Scharfmacher benötige hier unorganisierte Arbeiter, der irrt sich. Es ist der Arbeitsnachweis Kaiserstraße 37, der ein derartiges Ansehen an arbeitsuchenden Lischler und Siedlmäher stellt. Der Arbeitsnachweis ist errichtet und wird geführt vom Verbande der kath. Arbeitervereine (Sitz Berlin), den bekannten Fachabteilungsanhängern. Als vor einiger Zeit ein Goslarer Bergmann ob seiner Mitgliedschaft in einem dem Verbande angeschlossenen Vereine gemahnt wurde, da verbrach der Berliner „Arbeiter“ spaltenlange Lamentationen wegen des Anschlages auf das Koalitionsrecht der Arbeiter. Der eigene Arbeitsnachweis aber gibt sich dazu her, Arbeitgeber, welche das Koalitionsrecht der Arbeiter missachten, behutslich zu sein. Und das nennt sich „die allein auf den Intentionen der kirchlichen Obrigkeit“ basierende katholisch-soziale Aktion.

„Christliche“ Pfefferwerfer und Messerhelden. Die sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftspresse durchläuft ein dem berühmten „Agitationsmaterial“ des Genossen Dr. Laufenberg in Düsseldorf entnommenes Geschichtlein unter angegebenem Titel. Recht röhrend ist da zu lesen, wie eine Anzahl Mitglieder des christlichen Holzarbeiter-Verbandes, Besucher einer vom sozialdemokratischen Holzarbeiter-Verband einberufenen Versammlung Pfeffer in die Augen zu streuen versucht hätten; und man hört und staune — einer der so Überfallenen später vom Schöffengericht zu 10 M. Geldstrafe verurteilt sei. Sonderbar, höchst sonderbar würde Serenissimus sagen. Wahr ist, daß verschiedene Mitglieder unseres Verbandes unvorsichtig in das Verkehrslokal der „Genossen“ gingen, wo eine öffentliche Versammlung stattfand. Wahr ist, daß sie hier von einem sozialdemokratischen Gelichter als Mitglieder des christlichen Holzarbeiterverbandes erkannt und dann angepöbelt wurden. Wahr ist, daß unsere Kollegen, als sie daraufhin die ungästliche Stätte verließen, auf der Straße von sozialdemokratischen Raubbolden überfallen und mißhandelt wurden. Ein Kollege erhielt mit einem festen Gegenstande einen Schlag über den Kopf, sodaß er bewußtlos zusammenbrach. Wahr ist, daß ein Mitglied des christlichen Verbandes Pfeffer bei sich führte und nun mehr in der Notwehr diesen als Waffe benutzte. Wahr ist, daß die Raubbolden aus dem sozialdemokratischen Verkehrslokal kamen und ihre Namen von unseren Kollegen nur nicht ermittelt werden konnten. Der einzige, der bei der Affäre gefasst wurde, konnte nur der Bekleidung überwiegen werden. — Läppisch ist die Bemerkung in dem sozialdemokratischen „Verteilstel“, daß es sich von Seiten der christlichen Holzarbeiter um einen planmäßigen Überfall gehandelt habe. Die wenigen würden gewiß zu diesem Zweck in das rote Lokal gegangen sein, wo hunderte von Genossen anwesend waren. Die Darstellung in der sozialdemokratischen Presse ist bezeichnend für das sittliche Niveau, auf dem sich die bewegt. Anstatt den ganzen Gang der Sache objektiv wiederzugeben, verbreitete man sie gerade in den Gegenteil, um eben zu verdecken, wieviel bereits die Vertierung des verheerten sozialdemokratischen Proletariats vor sich gegangen ist. Das diese Latit nicht zu einem guten Ende führt, das werden jene am ehesten erfahren, die heute so den rohen Instinkten der Masse Rechnung tragen. — In Anbetracht der beim Kölner Kampf von den eigenen Verbandsmitgliedern verübten Gewalttätigkeiten, von denen bereits eine Anzahl eine Süße vor dem Gerichte fanden, wäre es besser, wenn die „Holzarbeiter-Zeitung“ diesen eine Epistel lesen würde, als das ungemeine Zeug Dr. Laufenbergs, das nach ihrer eigenen Angabe „verflucht“ wird, wiederzugeben.

Größenwahn — dein Name ist „freie Gewerkschaft“. Die „Genossen“ werden noch nicht schlau. Nach der heilsamen Lehre beim Kampf im Kölner Schreinergewerbe hätte man annehmen sollen, daß die Alleinberechtigten“ vor ihrem Größenwahn, Alleinbeherrschter der Situation zu sein, kuriert wären. Doch scheint dem nicht so. Augenblicklich macht der „freie“ Schneiderverband in Mitteldeutschland, wo die Schneider allgemein in eine Bohabewegung eingetreten sind, „Bocksprünge“. Er reicht allein Forderungen ein und spielt sich den Arbeitgebern gegenüber, als Mäher des Ganzen auf. Von etwa 2000 im Aschaffenburger Gebiet in der Konfessions-industrie beschäftigten Arbeitern sind, wenn es hoch kommt, 300 organisiert, wovon ein Drittel dem „freien“ Verbande angehören können. Auch dort ließ man die Christlichen im unklaren, und reichte die Tarife ohne deren Wissen ein. Das ist ein unehrliches Spiel mit Arbeitertarifen, von der Art gekräuteter Arbeitersolidarität keine Spur! Arbeiterverant ist die richtige Bezeichnung hierfür. Man sieht das Kampfspiel, die Lüge der Konfessions-Schneider zu verbessern aus dem Auge und verzögert Selbstkosten. Das einfache Gebot der Einfachheit hätte angeleitet, der Organisationsberthaftie im Aschaffenburger Bezirk die „freien“ bestimmten müssen, Führung mit dem christlichen Verbande zu suchen. Das dies nicht geschiehen ist, ist im Interesse der Arbeiter zu bedauern und beweist, daß es den Herrn in erster Linie nur um ihre Hegarbeit zu tun ist. Der christliche Schneiderverband wird die Konsequenzen daraus ziehen und ebenfalls selbständig handeln.

Wieder einer! Die sozialdemokratische „Dortmunder Arbeiterzeitung“ läßt sich aus Pforzheim berichten: Seit der Neuauflage wird hier der Vorstand und Kassierer des Ortsvereins des „deutschen“ Maurer-Verbandes Walter H. W. Aug. Neupke, vermisst. In seiner Stelle sollen über 1000 Mark fehlen, außerdem hat er die Einnahmen aus der Silvesterfeier, der sozialdemokratischen Partei, die auf über 500 Mark geschätzt sind, an sich genommen. Ueber seinen Verbleib steht jeder Unhalt.

Ruhebedürfnis und Holzstreiklösung. Recht interessante Dinge fördert ein Bericht in der Elberfelder sozialdemokratischen "Freien Presse" zu Tage, der sich mit einer außerordentlichen Generalversammlung der Fabrikstelle Elberfeld-Warnen des "deutschen" Holzarbeiterverbandes befaßt. Die Versammlung beschäftigte sich ausschließlich mit einem vertragten Streit bei der Firma Gödderz in Böhlwinkel. Das genannte Blatt meldet hierüber u. a. folgendes:

Ein Mitglied des Hauptvorstandes in Stuttgart hatte auf Anfragen des Fabrikanten Gödderz, ob der Streik genehmigt sei, da er doch ein frivoler, vom Raum gebrochener wäre, (natürlich, wie die Ansichten dieser Herren immer sind) geantwortet: Bis jetzt ist der Streik noch nicht genehmigt. Diesem Satz, den Veder, Stuttgart diesem Unternehmer mitteilte, ist es gelungen, den ganzen Streik illusorisch zu machen. Die Arbeitswillingen-Garde war unterdessen auf 15 gestiegen, wo wir dann gezwungen waren, den Streik aufzugeben. Einige unserer Kollegen konnten wieder in dem Betriebe eintreten, während die andern mit ihrer Verbandsunterstützung auszutreten, soweit dieschen noch keine Arbeit haben. Die Mitteilungen Veder's an den Unternehmer wurde mit den schärfsten Worten kritisiert, denn wenn ein solcher Fall, ungehobt oder ungewöhnt an und vorüber ginge, würden uns unsere Gegner als gleiche Brüder im Streikbruch a la Köln und Bremen betrachten. Wenn wir auch der Ruhe bedürfen, so kann das nicht ändern, daß wir eine solche Handlungswweise des Hauptvorstandes nicht akzeptieren. Es wurde daher folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute, den 14. Januar, im großen Saale des Volks-
hauses zu Elberfeld stattfindende außerordentliche General-Ver-
sammlung der Zahlstelle Elberfeld-Darmen nimmt mit Ent-
scheidung Kenntnis von dem Inhalt des Antwortschreibens
des Sekretärs Beder vom Hauptvorstand an die Firma Gödderz
und erklärt diese Handlungsweise für einzig dastehend
innerhalb der deutschen frei-organisierten Ar-
beitervbewegung und beschließt, an den diesjährigen
Verbandstag den Antrag zu stellen, den Sekretär
Beder von seinem Posten zu entfernen wegen
seiner Handlungsweise während des Streiks bei Gödderz“.

Kollege Schneegäss vom Hauptvorstande, sowie Kollege Hartung vom Gauvorstande gaben dem Kollegen Beder die erste Stelle, jedoch mussten auch sie die Sitzstellung des Schreibens an Gödderz verurteilen. Es nahmen noch eine Riege Kollegen zu dieser Angelegenheit das Wort. Kollege Krumbach als Geschäftsführer fiel im großen und ganzen unter die Gehobtheit des Hauptvorstandes. Die immerwährenden Differenzen zwischen dem Hauptvorstande und der hiesigen Filiale sollen einzig nur der eigenmächtigen Handlung der hiesigen Zahlstelle zu schulden sein. Aus den Ausführungen Krumbachs, sowie mehrerer Kollegen findet sich der Sündenbod in Stuttgart. Es wird weiter noch der Antrag einstimmig angenommen, diesen Bericht in der Holzarbeiter-Zeitung erscheinen zu lassen".

Der Sozialist würde bemerkt ja lieben, daß bei Herrn
Gehofften eintretende Ruhe, s. h. Belebung von Streiks von
seiner Verab. bestimmt ist. Deshalb die Pflichtgenehmigung des
Streiks bei Söderberg. Derjelbe hätte ja auch weitere Folgen,
Auspeppungen ic. zeitigen können. Doch scheint gewissen
sozialen Geistern diese Ruhe nicht gut zu bekommen und
über die Balalaikarevolution. Als Karneval, das alles verschul-
det, wurde der Seelentör Weder angesehen, der sich, laut Rechnung
der Bergammling, durch seine Handlungsweise den Streikverbündeten „Christen“ in Köln und Bremen beige stellt hat.
Man mundelt, daß der Hauptvorstand des sozialdemokratischen
Volksarbeiterverbandes bereits ein ledernes Komisol für ben-
eidigen Seelentör bestellt hat, der demnächst am Orte die be-
fehlenden Differenzen schwärmen soll. Wenn so etwas im
Jahre an uns vorüberginge — — — — — hat man ja in
Elberfeld gefragt!

Soziale Rundschau.

Zur Radfahrtung empfohlen. In W. Gladbach hat die Firma Tugendhat berichtet, der Spinnereibesitzer und Kommerzienrat Paul Wulf in seinem Betriebe die Arbeitszeit auf 15 Stunden täglich verkürzt und die Löhne um 8% erhöht. Dieserart wurde die Mönchengladbacher Spinnerei AG gefür die Arbeitszeit von 56 Stunden verringert auf 60.

Performing-Augenzeuge.

Besitzverhältnisse früher Zeit.

Stunden reduzierte und eine gleichzeitige Erhöhung des Löhne um 6% einreten ließ. Die Inhaber der beiden Betriebe werben wohl eingesehen haben, daß eine solche Verbesserung der Arbeitsverhältnisse nicht zuletzt auch in ihrem eigenen Interesse liegt. Schade nur, daß vergleichbare freiwilligen Verbesserungen höchst selten vorkommen. In den meisten Fällen müssen sich leider die Arbeiter jede Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch die Machtmittel ihrer Organisation erkämpfen.

Unfallhäufigkeit. Im Gesamtbetriebe der gewerblichen Unfallversicherung kamen 1903 auf je 1000 Bollarbeiter 9,1 Unfälle (auf einen Bollarbeiter 800 Arbeitstage gerechnet). Am häufigsten waren die Unfälle in der Gruppe des Speditions- usw. und Fuhrwerkswesens, wo auf 1000 Bollarbeiter 16,5 Unfälle kamen. In Steinbrüchen entfielen auf 1000 Bollarbeiter 14,9, im Bergbau 14,6 Unfälle. An vierter Stelle stand die Winnenschiffahrt mit 13,7, an fünfter Stelle die Gruppe Holz mit 12,4. Im Bauwesen betrug die Unfallhäufigkeit 11,9, in der Gruppe Mälzerei, Bäder, Brennerei, Brauerei usw. 11,8, in der Eisen- und Stahlindustrie 10,5 auf 1000 Bollarbeiter. Es folgten Chemie mit 8, staatliche Ausführungsbehörden mit 7,7, private Bahnbetriebe mit 7,6, Gas- und Wasserwerke mit 7, Seeschiffahrt 6,5, Glas-, Löfferei, Giegelei mit 6, Metall, Feinmechanik usw. mit 5,8. Die Gruppe Nahrungsmittel usw. wies eine Unfallhäufigkeit von 4,9 auf, Papier und Buchdruck eine solche von 4,8. Die geringste Unfallhäufigkeit hatten die Leder- und Bekleidungsindustrie mit 3,8 und die Textilindustrie mit 3.

Aus Arbeitgebertreisen.

Das wirksamste System der Arbeiteraussperrung soll, wie die Arbeitgeber-Blg. nunmehr meldet, nicht das System der prozentualen, sondern der reinen Altersklassenaussperrung sein. Vater des Gedankens ist der berühmte Altonaer Fabrikant Menk, der in den letzten Jahren zur Fabrikation von Aussperrungsplänen übergegangen ist. Nach seiner neuesten Idee beschließt der den Kampf führende Arbeitgeberverband, daß alle Arbeiter des Berufes, in dem für unberechtigt erklärt wurde, bis zum Alter von 20 Jahren entlassen werden. Als Erleichterungszeichen dient die Entlastungskarte der Invalidenversicherung. Sind die Arbeiter auf diese Art nicht zur Räson zu bringen, so soll die Aussperrung aller Arbeiter im Alter von 20—22 Jahren nachfolgen. Mügt auch dieses nicht, so folgen die Arbeiter bis zu 24 Jahren usw. Über den glücklichen Einfall beriedigend schmunzelnd, bemerkt das genannte Blatt dazu: Man sieht, daß auf solche Art in erster Linie die jüngeren Arbeiter, die erfahrungsgemäß zu aller Zeit das Hauptkontingent der unruhigen Elemente bilden, getroffen werden, während die älteren Arbeiter, welche jumetit nur gezwungenen Anhänger an der Bewegung teilnehmen, immer nur im Notfalle zur Entlassung gelangen. Gleichzeitig wird es möglich sein, die alten und bewährten Leute ruhig weiter zu beschäftigen, daß mit ihrer Hilfe eine Fortführung der Betriebe, wenn auch in beschränktem Maße, denktbar ist. Bisher ist diese Karikatur noch nicht angewandt worden, jedenfalls, weil den Arbeitnehmern im Herzenskummerlein gewisse Zweifel über die Durchführbarkeit des Planes aufgetaucht sind. Sobald wird man dann doch schon sein, zu glauben, daß sich die Arbeiter nicht kolonnenweise auf Straßenspazier sezen lassen.

Aus dem gewöhnlichen Leben.

Wirtschaftliche Gründungen im Jahre 1905. Die Gründungstätigkeit war im abgelaufenen Jahre eine überaus angeregte. Gefördert wurde sie durch die günstige Entwicklung, deren sich allenthalben Handel und Industrie zu freuen hatte und die einen vermehrten Anreiz bot zur Überführung von Privatbetrieben in die Aktiengesellschaft. Zur erneuteten Gründungstätigkeit hat auch beigetragen, daß die endenz für Aktien an der Börse im allgemeinen nach oben gerichtet war und von seiten des Privatpublikums darin starke Anlaßnahme gemacht worden sind. Bei Beurteilung der Gründungstätigkeit bleibt zu beachten, daß in letzter Zeit in

vermehrtem Maße bei Neugründungen die Form der Gesellschaft mit beschränkter Haftung gewählt wird und auch für größere Betriebe, während diese Form früher nur für kleinere oder besonders geartete in Betracht kam. Nach der Auflistung des „D. Del.“ wurden in 1905 gesamt 191 Aktiengesellschaften gegründet gegen nur 1904 und 84 in 1903. Das Kapital betrug diesem 286 Millionen, davon mit 110,85 Mio. der über

886 Millionen gegen Mr. 140,85 Mill. vor einer
Mr. 300,38 Mill. vor zwei Jahren. Damals war der
Betrag deshalb so hoch, weil auf die Umwandlung des
schen Unternehmens in eine Aktiengesellschaft allein Mr.
Mill. Kapital entfielen. Da nach einer früheren Zusam-
stellung das erste Semester 1905 87 Gründungen mit
120,87 Mill. Kapital aufzuweisen hatte, so kommen im
zweiten Semester 104 Gründungen mit Mr. 255,33
während in der gleichen Zeit 1904 45 Gründungen
Mr. 70,19 Mill., 1903 42 Gründungen mit Mr.
Mill., 1902 37 mit Mr. 65,98 Mill. und 1899 1
Mr. 291,64 Mill. zu vergleichen waren.

Den größten Kapitalaufwand der einzelnen Räte erforderten 16 Banken mit Mf. 75,49 Mill., dann 8 Bergbau-, Hütten- und Salinen-Gesellschaften, wobei merkt sei, daß darunter sich im 1. Semester die Hohen Werke mit Mf. 40 Mill. Kapital befinden. Weiter erwähnt; 20 Gesellschaften des Baugewerbes mit 49,13 Mill., 24 chemische Gesellschaften mit Mf. 29,92 Mill., 17 Gesellschaften der Industrie der Steine und Erden mit Mf. 20,77 Mill., 15 Maschinenbau-Gesellschaften mit Mf. 26,40 Mill. usw. Die Errundungen auf elektr. Gebiet, die in früheren Jahren immer große Verträge machten, waren im abgelaufenen Jahr wieder nur ganz bedeutend. Das Durchschnittskapital in 1905 stellte sich Mf. 2,02 Mill. gegen Mf. 1,35 Mill. in 1904, Mf. 1,86 Mill. (wegen Krupp) in 1903, Mf. 1,86 Mill. in 1902 und 1,02 Mill. in 1901.

Die Holzausfuhr Oesterreich-Ungarns. Die Holzausfuhr Oesterreich-Ungarns in den ersten 10 Monaten, d.h. bis Oktober 1905, stellt sich sowohl quantitativ wie dem Geldwert erheblich ungünstiger wie in dem gleichen Zeitraum von 1904. In 1905 wurden ausgeführt 85 610 Mtr.-Btr. im Handelswert von 211 041 732 Kr., dagegen 1904 97 079 095 Mtr.-Btr. im Handelswert von 218 415 Kr., dennach in 1905 weniger 1 394 006 Mtr.-Btr. 7 409 888 Kr. Von der Gesamtausfuhr gingen in das Gebiet des Deutschen Reichs 19 889 884 Mtr.-Btr., gleich 54 pCt., dann folgt Italien mit 6 483 822 ca. 17 pCt. Daraus von 29 pCt. verteilt sich auf Italienland, Rumänien, Schweiz, Frankreich und andere europäische Länder.

Technische Notizen.

Weiche Flecken unter der Politur. Neben die Urzad weiflich geäugte Flecken, welche manche Politur erhält, w einige Tage fertig poliert gestanden hat, bestimmt die "Schweine-Schwein-Zeitung" folgendes: Die Ursache dieser Flecken sehr verschieden. Staub und Feuchtigkeit in der Werkstatt, Feuchtigkeit im Holze, geringwertige Materialien und auch falsche Handlung beim Polieren. Der Staub ist unter anderem in den Momen organischer Röterer angefüllt, die nach einiger Verwesung übergehen. Der Verwesungsprozess wird auch dann gefördert, wenn das Holz feucht ist und durchfeuchten von Wasser (Beigen). Oel noch nicht ganz trocken. Man läßt z. B. das Furnier nicht recht trocknen oder die Oel wird zum Schleifen ein Oel verwendet, welche halbe Feuchtigkeit zum Trocknen nötig hat. Ferner können entstehen, wenn der Spiritus ein geringfügiger ist, also 91% hat. Es können aber auch Flecken entstehen, wenn Politur nicht recht verarbeitet wurde: an den Stellen, wo man mehr Politur aufpoliert werden; bringt man nun wieder an die Stellen, als nötig ist, so verbündet sich an diesen das Oel mit der Politur und schlägt dann später wieder. Auch doch im Winter bei geringer Temperatur über Radialschläge in der Werkstatt erzeugt werden, ist auch zum grob daran führt. Die Patientenpolituren, die mit einem kalten Oel wegnehmten, führen auch nicht selten dieses Unheil. Da zeigen sich ebenfalls an den eingerissenen Stellen unerträgliche Flecken.

Dinwiddie.

Zuf das beiliegende Prospett der Firma Emil Hett
Sommera sei hiermit belehren zuerst bestellt.

Oppenau.	3. 2. 8½ Uhr,	Brauerei Schwarz, Storngasse.
Schönau.	3. 2.	Hotel Seeger.
Kirchheim (Westf.)	4. 2. 4½ Uhr	Gastwirt Schlegel.
Zülpich.	3. 2. 9 Uhr	"Zum goldenen Brunnen".
Zülpich.	3. 2. 7½ Uhr	im Oswaldinum.
Werdinghausen.	3. 2. 8½ Uhr	bei Wirt Schröder.
Ritterh.	4. 2. 11 Uhr	bei Reitnens, Lindenstraße, Rat-
zellen.	3. 2. 8½ Uhr	bei Franz Geßling.
Schwimmen.	3. 2. 8½ Uhr	Gobel zur Rose.
Witten.	3. 2. 9½ Uhr	bei Wirt am der Weiche.
Witten.	4. 2. 11 Uhr	Hotel zur Stadt Witten.
Recklinghausen.	4. 2. 11 Uhr	bei Hammeslob, Kaiserstraße.
Wuppertal.	4. 2. 11 Uhr	Restaurant Schmidt, Rothenmarkt.

Barrett's Review

Ermittlung, den 27. Januar, abends 8½ Uhr, findet im
Raum 517 der 2. Abteilung des Reichsgerichts statt.

Große Agitations-Versammlung

Referent: College Bissels-Giffen
Jedes Verbandsmitglied mag sich zur Pflicht ein-

Office offre

Man- und Möbelfabrik
erhalten gute und bauende Arbeit in einer größeren
Westfalen. Zu melden bei der Zentrale des Verbundes.

Balmstraße 14
Bemühungen liegen vor: S. B. Carl Stanzen, Köln